

Lars Hänsel **Die Wahl
in Israel
vom 6. Februar 2001**

Ende der Direktwahl des Premierministers

Der als Hardliner geltende Ariel Sharon ging am 6. Februar 2001 erwartungsgemäß erfolgreich aus der Direktwahl zum Amt des Premierministers hervor. Die Direktwahl wurde 1992 eingeführt, um die Position des Premierministers gegenüber einer sich immer weiter diversifizierenden Knesset zu stärken. Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, dass dieses System in der Praxis den Premierminister nicht gestärkt und darüber hinaus das parlamentarische System Israels geschwächt hat. Die kleinen Parteien haben ihre Macht im Parlament nach der Knessetwahl 1996 weiter ausbauen können. Sharon steht so vor dem Dilemma, das schon die Amtszeit Baraks geprägt und mit zu seinem Sturz beigetragen hat: als direkt gewählter Premierminister zwar formal gestärkt, aber im Parlament von kleinen Parteien abhängig zu sein. Sharon hat zwei Entscheidungen getroffen, die für den Erfolg seiner Regierung, aber auch für die israelische Partei-landschaft von großer Bedeutung sind: Er hat sich einerseits für eine große Koalition unter Einschluss der Arbeitspartei entschieden und andererseits die Abschaffung der Direktwahl des Premierministers betrieben.

Am 6. Februar 2001 wurde erstmals in der Geschichte des Staates Israel der Premierminister unabhängig von der Wahl zum Parlament direkt gewählt. Dies stellt eine Besonderheit in der parlamentarischen Entwicklung des Landes und einen Höhepunkt der Entmonopolisierung des Parlaments dar.

Das Prinzip repräsentativer Demokratie und die Souveränität des Parlaments hat in Israel bereits durch zwei weitere Entwicklungen der letzten Dekaden Einschränkungen erfahren: die den Grundgesetzen Israels fremde Vorstellung eines Referendums einerseits und die immer stärkere Kontrolle des Parlaments durch das Oberste Gericht andererseits.

Das Referendum spielt seit den Tagen Golda Meirs eine Rolle und hat mit dem Oslo-Prozess und den Friedensverhandlungen im letzten Jahr eine ständig wachsende Bedeutung erhalten. Keine Regierung konnte Entscheidungen von großer Tragweite treffen, ohne ein Referendum in Aussicht zu stellen.

Das Oberste Gericht überprüft nicht nur die Konformität der Gesetzgebung mit den Grundgesetzen, sondern interveniert auch bei parlamentarischen Aktivitäten. Von besonderem Interesse sind hier u.a. die Verfahren zur Aufhebung der Immunität.

Beide Einschränkungen sollen hier nicht weiter verfolgt werden, haben aber – wie die Diskussion um die Direktwahl des Premierministers – große Bedeutung für die parlamentarische Entwicklung und sind Spiegel sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse in Israel.

Im Folgenden sollen daher zunächst die theoretischen Voraussetzungen innerhalb des parlamentari-

schen Systems Israels und die konkrete politische Ausgangskonstellation für die letzte Wahl beschrieben werden, bevor die Wahl selbst analysiert und auf die Bedeutung für die parlamentarische Entwicklung und für die Gesellschaft in Israel hin reflektiert wird.

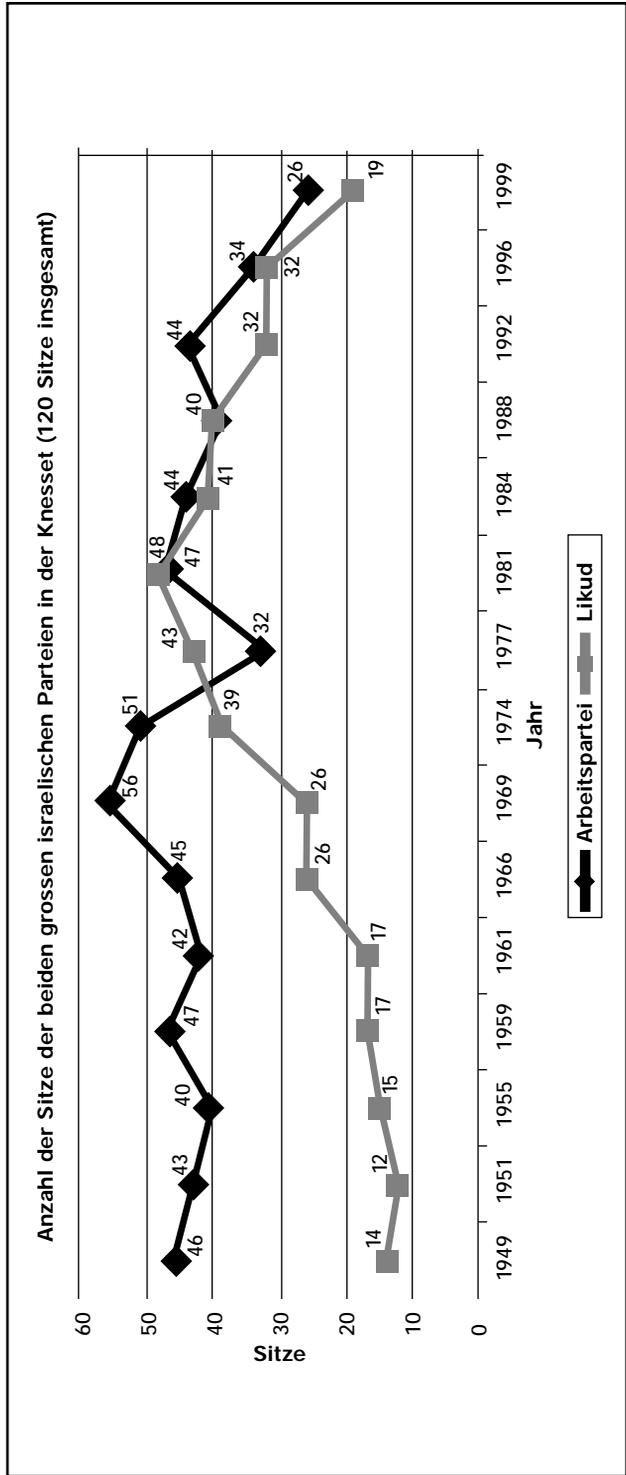
■ **Die theoretische Voraussetzung:
Die Direktwahl des Premierministers
im parlamentarischen System Israels**

Gründe für die Einführung der Direktwahl

Israel hat heute – 53 Jahre nach seiner Gründung – noch keine geschriebene Verfassung. Wichtige Fragen des Staatsaufbaus werden durch einzelne Grundgesetze geregelt. 1992 trat das Grundgesetz „Die Regierung“ in Kraft und damit eine grundlegende Reform des Wahlsystems. Mit diesem Grundgesetz wurde die Direktwahl des Premierministers eingeführt. Dafür waren zwei Entwicklungen von entscheidender Bedeutung:

1. Bis Anfang der achziger Jahre war die politische Landschaft in Israel durch zwei Großparteien geprägt: Labor war die zionistische, sozialistisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei, die vor allem von europäischen Einwanderern gegründet worden war. Mehr als 20 Jahre wurde der Premierminister von dieser Partei gestellt. Der vorwiegend von orientalischen Einwanderern mitbegründete, ebenfalls zionistische, aber nationale und rechte Likud stellte seit den siebziger Jahren zunehmend den Premierminister aus seinen Reihen. Dieses System zweier großer Parteien begann sich zunehmend aufzulösen. Die Zahl der kleineren Parteien nahm ständig zu. Die beiden Großparteien waren weniger religiös ausgerichtet, weswegen mit der Zeit religiöse Parteien entstanden (Shas, United Torah Judaism u.a.). Dazu kamen arabische Parteien und Parteien der GUS-Einwanderer sowie durch den wachsenden Konflikt zwischen Religiösen und Säkularen linke, antireligiöse Parteien (Meretz, Shinui u.a.) der säkularen Bevölkerung.

2. Die Regierungsbildung wurde bis zur Einführung des neuen Gesetzes vom Staatspräsidenten jeweils dem Knessetmitglied übertragen, das die besten Aussichten für eine erfolgreiche Koalitionsbildung hatte. Dem gingen immer langwierige Verhandlungen



gen voraus, in denen der Präsident alle Parteien mit Sitz in der Knesset befragte und daraufhin seine Entscheidung fällte. Der Premierminister wurde immer als Primus inter pares in seiner Regierung gesehen. Um den Premierminister zu stürzen, genügte eine einfache Mehrheit in der Knesset. Zudem ist die Fraktionsdisziplin in Israel zwar theoretisch vorhanden, wird aber praktisch nicht ausgeübt, gerade in besonders schwierigen und kritischen Angelegenheiten. Somit kann ein Premierminister sich nicht unbedingt auf seine Koalition und auch nicht auf seine eigene Partei verlassen. Seine Position ist so entscheidend geschwächt. In Israel muss eine funktionierende Koalition immer über weit mehr als die theoretisch erforderlichen 61 Stimmen verfügen, um beschlussfähig zu bleiben.

Der entscheidende Grund für die Einführung der Direktwahl lag darin, dass die Position des Premierministers gegenüber dem Parlament gestärkt werden sollte. Indirekt sollte damit auch der Atomisierung und Zersplitterung der Parteienlandschaft Einhalt geboten werden.

Grundlegende Neuregelung des Verhältnisses von Premierminister und Knesset

Äußerer Anlass für die Änderung des Wahlrechtes war der kritische Zustand im März 1990, als zum ersten Mal die Knesset eine Regierung stürzte: die große Koalition unter dem Vorsitz von Yizhak Shamir. Die jeweiligen Interessen für oder gegen die Änderung des Wahlrechtes waren ganz offenkundig: Die großen Parteien plädierten schon davor für die Einführung der Direktwahl des Premierministers, um die Regierungsbildung von Koalitionszwängen zu entlasten, während die kleinen Parteien sich eher dagegen wandten.

Das Gesetz von 1992 veränderte die Machtverhältnisse sowie die Beziehung von Knessetparteien und Regierung grundlegend. Der Premierminister ist nicht mehr so abhängig vom Wohlwollen der Knesset: Sein Regierungsauftrag wird ihm direkt von den Wählern erteilt. Er hat größere Freiheit bei der Zusammenstellung der Koalition und der Ernennung seiner Minister. Die Knesset kann jedoch darauf bestehen, dass die ernannten Minister von ihr bestätigt werden müssen.

■ **Der entscheidende Grund für die Einführung der Direktwahl lag darin, dass die Position des Premierministers gegenüber dem Parlament gestärkt werden sollte. Indirekt sollte damit auch der Atomisierung und Zersplitterung der Parteienlandschaft Einhalt geboten werden.**

Ein Misstrauensvotum muss auch nach der Reform nur von der einfachen Mehrheit in der Knesset ausgesprochen werden, um erfolgreich zu sein. In dieser Frage ist ein Kompromiss eingegangen worden, um die Gesetzesänderung überhaupt durchzubringen.

Der Premierminister kann seinen Rücktritt erklären, wodurch er am letzten Dienstag vor Ablauf von 60 Tagen Neuwahlen herbeiführt. Für die nach wie vor schwierige Koalitionsbildung gibt es ein Limit von 45 Tagen: Wenn der gewählte Premierminister bis dahin keine Regierung zusammengestellt hat, kommt es automatisch zu Neuwahlen für das Amt des Premierministers.

Bedeutung für die israelische Demokratie

Mit der Einführung der Direktwahl wurde ein Generationswechsel in der israelischen Politik eingeläutet, der in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden kann.

Die alten Institutionen des Staates wurden zunehmend in Frage gestellt, die Gründerväter des Staates mit ihren (Partei-)Institutionen wurden abgelöst von einer zunehmend pluralen und diversifizierten politischen Landschaft. Die Bedeutung der großen Parteien nahm beständig ab.

Die Identifikation der Wähler mit einer Person konnte offenbar das Problem der pluralen Parteienlandschaft mit der Suche nach Identität und einem starken Halt versöhnen.

Mit der Direktwahl hatten nun auch Kandidaten eine Chance, die nicht innerhalb einer Partei Karriere gemacht hatten und sich Verdienste beim Aufbau der Partei und des Staates erworben hatten, sondern von außerhalb des Parteiapparates kamen. Daraus ergibt sich, dass die Direktwahl auch innerhalb der großen Parteien nicht unbestritten sein konnte und zum Feld der Auseinandersetzung zwischen Parteifunktionären und politischen Newcomern werden musste.

Ein instruktives Beispiel ist Benjamin Netanjahu vom Likud, der 1996 durch die erste Direktwahl nach dem neuen Grundgesetz Premierminister wurde. Im alten System, bei dem vor allem die Meriten in der Partei für das Amt des Premierministers zählten, hätte er keine Chance gehabt.

In der Labor-Partei war Itzhak Rabin größter Befürworter einer Einführung der Direktwahl, während

Shimon Peres klar dagegen war. Rechnet Peres sich in erster Linie durch die Unterstützung der Parteistitutionen größere Chancen aus, so hatte Rabin das System der Partei gegen sich, konnte aber vor allem mit der Unterstützung der breiten Öffentlichkeit und der Parteibasis rechnen. Rabin setzte innerhalb der Partei Urwahlen durch und wurde dadurch 1992 Parteichef. Schließlich ist auch Ehud Barak nicht in der Partei groß geworden und konnte 1999 Premierminister nur aufgrund der Direktwahl werden.

Auch die kleinen Parteien waren in der Unterstützung der Direktwahl gespalten. Die Vorgänger der säkularen Partei Meretz (Raz, Shinui, Mapam) setzten sich stark für die Direktwahl ein, weil so der Premierminister unabhängiger insbesondere von den religiösen Parteien wurde, die bekanntermaßen unverhältnismäßige Forderungen stellten und sich Koalitionstreue hoch bezahlen ließen, um damit vor allem ihr eigenes Schulsystem weiter auf- und auszubauen. Deshalb waren es vor allem die kleineren religiösen Parteien, die sich aus Angst vor einem Machtverlust gegen eine Änderung des Wahlsystems aussprachen.

Zusätzlich dürfte auch eine voranschreitende Amerikanisierung der israelischen Gesellschaft die Einführung der Direktwahl begünstigt haben. Das Vorbild Amerikas mit einem starken Präsidenten, der Identifikationsfigur einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft ist, schien auch für die israelische Gesellschaft ein Modell zu sein.

■ **Politische Ausgangskonstellation der Wahl vom 6. Februar 2001**

In der Folge des neuen Grundgesetzes sind nun genau die beiden Probleme, die mit der Direktwahl gelöst werden sollten, durch die neue Konstruktion eher verschärft worden:

1. Die Atomisierung und Zersplitterung der Parteienlandschaft wurde durch das neue Wahlrecht begünstigt, wodurch
2. das Amt des Premierministers weiter in Abhängigkeit von den Kleinparteien geriet.
3. Dazu trat ein neues, entscheidendes Problem: Die vorgesehene Stärkung des Premierministers wirkte sich weniger auf das Verhältnis zum Parlament aus als vielmehr auf das Verhältnis zu seiner Partei.

Genau diese drei Probleme haben die Regierungszeit Baraks gekennzeichnet und mit zu seiner Abwahl geführt.

Knessetwahl 1999: weitere Zersplitterung

1999 wurde zum zweiten Mal ein Premierminister direkt gewählt bei gleichzeitiger Wahl zur Knesset. Barak gewann gegen Netanjahu mit 56,08 Prozent gegen 43,92 Prozent. Dabei wiederholte sich das Muster der ersten Direktwahl von 1996: der amtierende Premierminister verlor gegen den herausfordernden Oppositionsführer. Außerdem wurde mit Barak wiederum ein Premierminister direkt gewählt, dessen Machtbasis nicht der Parteiapparat war.

War damit Barak zwar als Premierminister gestärkt, so konnte er sich jedoch nicht auf eine starke Partei stützen. Die Aufsplitterung der Knesset setzte sich fort: Labor verlor in der Wahl von 1996 zehn Sitze und 1999 weitere acht Abgeordnete. Der Likud konnte 1996 sein voriges Ergebnis noch beibehalten, büßte aber 1999 13 Sitze ein und wurde damit zum Hauptverlierer. Hauptgewinner war die religiöse Shas-Partei, die von zehn auf 17 Mandate zulegen konnte.

Dazu zogen einige Klein- und Kleinstparteien neu in die Knesset ein, denen die niedrige Sperrklausel von nur 1,5 Prozent zugute kam. Die dringend erforderliche Erhöhung der Sperrklausel ist bei der derzeitigen Zusammensetzung der Knesset wohl nicht durchsetzbar. Selbst eine große Koalition zwischen Labor und Likud, die 1996 mit zusammen 66 Stimmen noch theoretisch mehrheitsfähig war, kann in der 15. Knesset von 1999 nicht einmal mehr die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen. Die Direktwahl hat so eindeutig zu einer weiteren Zersplitterung der Knesset geführt und zu einem Auseinanderfallen der Macht des Premierministers und der Macht der Partei, der er angehört.

Die Zersplitterung der Knesset wurde vor allem deshalb vorangetrieben, weil die Wähler mit der Stimme für den Premierminister über die Grundrichtung entschieden, aber mit der zweiten Stimme ihre Klientelpartei wählten. Damit hat das Gewicht der religiösen Parteien nicht nur nicht abgenommen, sondern Dimensionen erreicht, die den Zusammenhalt des gesamten Systems gefährden. Die großen Parteien zerfallen, während die sektoralen, Partikular-

interessen vertretenden und nicht selten extremen Parteien gestärkt werden. Dies könnte Spiegel einer Gesellschaft sein, in der ein fehlender Grundkonsens auch zunehmend als Defizit empfunden wird.

Parteien	Sitze	Sitze v. 1996-1999
One Israel (Labor, Gesher, Maimad)	26	34
Likud	19	32
Shas (Religiöse Sepharden)	17	10
Meretz (linke Menschenrechtspartei)	10	9
Yisrael Ba'Aliya (GUS - Einwanderer)	6	7
Shinui (gegen orthodox-religiöse Bevormundung in der Gesellschaft)	6	1
Zentrumspartei (neu aus Likud und Labor)	6	-
NRP (Nationalreligiöse)	5	9
UTP (Ultraorthodoxe)	5	4
United Arab List	5	5
National Union (Rechte Abspaltung v. Likud)	4	-
Yisrael Beteinu (2. GUS-Einwanderer-Partei)	4	-
Hadash (kommunistische arab. Partei)	3	4
Balad (arab. Partei)	2	-
Am Ehad (Partei des Gewerkschaftsvorsitzenden)	2	-

Die Friedenspolitik der Regierung Barak in der Abhängigkeit von den Koalitionsparteien

Barak konnte sich trotz der theoretisch gestärkten Position als direkt gewählter Premierminister nicht aus der starken Abhängigkeit von den Koalitionspartnern befreien.

Barak hatte sich für eine Koalition mit der religiösen Shas-Partei als der mit 17 Mandaten drittgrößten Partei entschieden. Damit rechnete er sich bessere Chancen für eine Friedenspolitik aus. Er geriet aber zunehmend in die Abhängigkeit von Shas, die sich die Koalitionstreue hoch bezahlen lies. Barak ging weitgehende Zugeständnisse an Shas ein, die ihm den Verlust seines anderen, säkularen Koalitionspartners, Meretz, einbrachten. Als Barak vor den wichtigen Verhandlungen mit den Palästinensern in Camp David nicht mehr weiter bereit war, die exorbitanten Forderungen der Religiösen zu erfüllen, stieg schließlich auch Shas aus der Koalition aus. Weit davon ent-

fernt, Mehrheiten in der Knesset hinter sich bringen zu können, ging Barak in die Verhandlungen von Camp David II im Juli 2000, in denen er keine Ergebnisse erzielen konnte. Der Ausbruch der Al-Aksa-Intifada im September 2000 machte dann die Aussicht auf eine baldige Einigung mit den Palästinensern völlig zunichte.

Innenpolitisch stark angeschlagen, mit lediglich 30 von 120 Stimmen der Knesset hinter sich und Angebote des Likud auf eine große Koalition ausschlagend, versuchte Barak am 10. Dezember 2000 einem vom Likud betriebenen Misstrauensvotum in der Knesset zuvorzukommen. Er gab seinen Rücktritt als Premierminister bekannt. Ein erfolgreiches Misstrauensvotum hätte auch Neuwahlen zur Knesset bedeutet, bei der die Arbeitspartei in dieser Situation nur weitere Mandate verlieren konnte.

Der Likud erzwang eine Woche nach dem Rücktritt Baraks eine Gesetzesänderung („Lex Bibi“), nach der auch Nicht-Knesset-Abgeordnete zur Wahl für das Amt des Premierministers aufgestellt werden können. Damit sollte Benjamin (Bibi) Netanjahu die Möglichkeit der Kandidatur gegen Barak gegeben werden. Doch Netanjahu lehnte dankend ab und lies sich nicht zur Wahl aufstellen. Sein Hauptgrund: in der inzwischen durch Parteiabspaltungen in 17 (!) Parteien zersplitterten Knesset sah er kaum Aussichten auf die Bildung einer stabilen Regierung. Er spekulierte auf baldige Neuwahlen, nachdem sein innerparteilicher Rivale Sharon sich verbraucht haben würde.

Mit dem Rücktritt wollte Barak seine Friedenspolitik auf eine neue, breiter abgesicherte Basis stellen. Geradezu bis zum letzten Tag vor der Wahl versuchte er, die Verhandlungen mit den Palästinensern zu einem substanziellen Ergebnis zu führen und die Wahl auch zu einem Referendum für das noch zu erzielende Verhandlungsergebnis zu machen.

Baraks Vernachlässigung der Partei

Die Direktwahl des Premierministers begünstigte einen Führungsstil, dessen Anfänge beim vorangegangenen direkt gewählten Premierminister Netanjahu schon angelegt war, bei Barak aber zu voller Entfaltung kam. Barak wurde als ein Premierminister gesehen, der im Glauben an seine Wahl „durch

das Volk“ die Partei vernachlässigte und in ihr eher eine anachronistische Bürde als eine Rückendeckung sah. Barak berief allein seine Minister, traf einsame Entscheidungen und bestimmte die Richtung seiner Politik ohne Absprache mit der Partei. Auch im Umgang mit den Koalitionspartnern bewies er kein diplomatisches Geschick. Dies führte zu einer Sprunghaftigkeit, die als der „Zick-Zack-Kurs Baraks“ sprichwörtlich wurde. Nicht zuletzt stieß er damit seine Wähler vor den Kopf, seine Sprunghaftigkeit verärgerte zunehmend auch seine treuesten Anhänger.

Im Ergebnis wurde er von weiten Teilen seiner demotivierten Partei im Wahlkampf – wie auch nach seiner Niederlage – alleingelassen. Die im Vorfeld zu den Wahlen geführten Diskussionen um einen Austausch des Kandidaten gegen Shimon Peres schwächte seine Position noch mehr.

Vor allem aus diesen, durch die Direktwahl des Premierministers mit bedingten Gründen (1. der unsicheren Regierungskoalition, 2. der gescheiterten Friedenspolitik und 3. seinem undemokratischen Führungsstil in der Partei) war lange vor der Wahl das Ergebnis durch klare Umfrageergebnisse zugunsten von Sharon abzusehen.

■ Die Premierministerwahl vom 6. Februar 2001

Sharon als Baraks Gegenkandidat

Anders als Barak (und zuvor Netanjahu) ist Sharon ein Kandidat für das Amt des Premierministers, der durch die Partei groß geworden ist und der als Träger der alten Staatsinstitutionen gilt. Dennoch ist damit nur scheinbar das Prinzip durchbrochen, dass die Direktwahl Kandidaten außerhalb des Parteiapparates begünstigt. Sharon war im Dezember 2000 längst nicht mehr Lieblingskandidat des Likud. Nach der Wahlniederlage Netanjahus 1999 wurde Sharon zwar zum Parteivorsitzenden des Likud gewählt. Man ging jedoch davon aus, dass dies nur eine Übergangslösung sein würde. Noch im Sommer 2000 hatte Sharon in Umfragen gegen Barak keine Chance.

In das Bewusstsein der Öffentlichkeit hat sich Sharon durch seinen Besuch des Tempelberges Ende September 2000 gebracht, mit dem die Al-Aksa-Intifada begann. Inzwischen ist belegt, dass die Al-Aksa-

■ Vor allem aus den durch die Direktwahl des Premierministers mit bedingten Gründen (1. der unsicheren Regierungskoalition, 2. der gescheiterten Friedenspolitik und 3. seinem undemokratischen Führungsstil in der Partei) war lange vor der Wahl das Ergebnis durch klare Umfrageergebnisse zugunsten von Sharon abzusehen.

Intifada längst vorher geplant wurde, der Besuch bestenfalls einen willkommenen Auslöser darstellte. Das Interesse Sharons mit dem Besuch war weniger, ein Zeichen der israelischen Souveränität über den Tempelberg gegenüber palästinensischen Ansprüchen zu setzen. Vielmehr wollte Sharon ein Zeichen in der innerparteilichen Auseinandersetzung mit Netanjahu setzen und klarmachen, dass der Likud mit ihm an der Spitze niemals Kompromisse in der Jerusalemfrage machen würde. Netanjahu war in der Partei lange zur Zurückhaltung gezwungen, da gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs lief. Als abzusehen war, dass dieses Verfahren eingestellt wird, meldete sich Netanjahu im Sommer 2000 verstärkt zurück. Dem wollte Sharon entgegenwirken.

Dass auch Barak den Besuch Sharons auf dem Tempelberg unterstützte, beruht möglicherweise auf einer doppelten Unterschätzung des Likud-Politikers: Einerseits unterschätzte er das Provokationspotenzial und die Gefahr eines Aufstandes der Palästinenser durch den Besuch, andererseits mag er Sharon gegen Netanjahu unterstützt haben, weil er Sharon für den ungefährlicheren politischen Gegner hielt. Auch darin hat er sich geirrt.

■ Wahlausgang

Ergebnisse

Ariel Sharon gewann erwartungsgemäß die Wahl gegen Ehud Barak, mit beachtlichen 62,39 Prozent gegen 37,61 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag mit 62,28 Prozent rund 20 Prozent unter der Wahlbeteiligung der letzten Wahlen (Direktwahl für das Amt des Premierministers und Parlamentswahl im Mai 1999).

Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist vor allem aus dem arabischen Boykott der Wahlen zu erklären, auf den später noch genauer einzugehen ist.

Aber auch die Wahlbeteiligung unter säkularen Juden ging bedeutend zurück, ca. zwölf Prozent gingen nicht wählen. Die Stimmen der säkularen Juden waren 1999 ausschlaggebend für den Sieg Baraks, der ca. zwei Drittel ihrer Stimmen erhielt. Jetzt wählten sie zu je 50 Prozent Barak und Sharon.

Die ultraorthodoxen, religiösen und traditionellen Juden stimmten fast ausschließlich für Sharon: er erhielt 100 Prozent der Stimmen der ultraorthodo-

xen Juden, mehr als 90 Prozent der Stimmen der religiösen und 75 Prozent der Stimmen der traditionellen Juden.

Die russischen Einwanderer, die etwa 16 Prozent aller Wähler in Israel ausmachen, gaben Sharon ca. 70 Prozent ihrer Stimmen. Damit setzte sich das Muster fort, nach welchem die russischen Einwanderer immer den Oppositionskandidaten unterstützten: 1992 stimmten sie für Rabin, 1996 für Netanjahu und 1999 für Barak.

Nur die schon in zweiter Generation im Land lebenden Ashkenasim, d.h. von westlicher Tradition geprägten Juden, und die über 50-jährigen säkularen Juden stimmten in der Mehrheit für Barak. In allen anderen Bevölkerungsteilen erlitt er eine Niederlage.

Wahlverhalten der Araber

Von besonderer Bedeutung war bei der letzten Premierministerwahl, wie sich die israelischen Araber verhalten würden. Auch ihr Wahlverhalten war vom System der Direktwahl des Premierministers beeinflusst. Da nur zwei Kandidaten aufgestellt wurden, keiner aber aus einer arabischen Partei kam, war keine direkte Identifikationsmöglichkeit gegeben. Traditionell wählten die Araber in Israel immer eher die Arbeitspartei. Die Arbeitspartei und der Premierministerkandidat der Arbeitspartei konnte sich der meisten arabischen Stimmen sicher sein.

Von der Arbeitspartei waren die Araber aber in doppelter Weise enttäuscht:

1. Die weitreichenden Wahlversprechen Baraks wurden nicht gehalten. Auf der politischen Agenda Baraks hatten die Araber einen unbedeutenden Platz. Die Vernachlässigung des arabischen Sektors kulminierte in einer Ad-hoc-Zuwendung von vier Milliarden israelischen Schekel für den arabischen Sektor, ohne dass arabische Politiker in die Verteilung eingebunden wurden. Die israelischen Araber fühlten sich von der Regierung Barak nicht ernst genommen.

2. Die Araber in Israel leben in einem wachsenden Identitätskonflikt: a) Die nationale und ethnische Identität verbindet sie mit den Palästinensern in den Autonomiegebieten. Zunehmend bezeichnen sie sich selbst als Palästinenser. Scharon nahm diese Terminologie im Wahlkampf bewusst auf. b) Ihre staatliche Identität verbindet sie mit Israel. Die Mehrheit der

israelischen Araber, eingeschlossen die Araber in Ostjerusalem, wollen nicht unter einer palästinensischen Administration leben, sondern ziehen den israelischen Staat vor.

Bei den Unruhen im Herbst 2000 solidarisierten sich die Araber Israels mit den Palästinensern in den Autonomiegebieten. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen 13 israelische Araber getötet wurden. Damit wurde für sie eine neue Qualität des Konfliktes mit dem Staat Israel erreicht und ihre Loyalität stark erschüttert.

Bei der Wahl wurden vier Möglichkeiten des Wahlverhaltens unter den Arabern diskutiert und praktiziert:

1. Die Wahl Sharons als des Gegners von Barak. Damit sollte eine Rechnung mit Barak beglichen werden. Propagiert wurde diese Möglichkeit vom arabischen Likudabgeordneten Ayoub Kara. Da aber Sharon kaum als besser für die Araber gesehen wurde, kam diese Möglichkeit praktisch nicht in Frage. Immerhin erhielt aber Sharon 26,5 Prozent der gültigen abgegeben Stimmen der Araber.

2. Die Wahl Baraks und die Begleichung der Rechnung mit ihm zu einem späteren Zeitpunkt. Damit sollte ein Wahlsieg Sharons verhindert werden. Angesichts der großen Enttäuschung über Baraks Regierung war dies für viele nicht akzeptabel. Dies hätte außerdem der Arbeitspartei den Eindruck geben können, die arabischen Wähler seien weiterhin sicher auf ihrer Seite und wäre einem Freibrief für weitere Vernachlässigung der Araber gleichgekommen. Dennoch stimmten 73,5 Prozent der israelischen Araber für Barak.

3. Den völligen Boykott der Wahl. Der Boykott wurde von einer großen Anzahl arabischer Führer propagiert und mit der Idee verbunden, am Wahltag die Familien der Opfer zu besuchen. Der völlige Boykott würde aber auch einen Verzicht auf Einflussmöglichkeit bedeuten. Seit den fünfziger Jahren setzen die Araber traditionell auf Teilnahme am demokratischen Spiel, um so ihren Einfluss geltend zu machen. Gesicherte Zahlen darüber, wie viele Araber nicht zur Wahl gingen, gibt es nicht. Bekannt ist jedoch, dass sich Bürgerkomitees gebildet haben, die eine Wahlbeteiligung durch Blockaden massiv verhindert haben.

4. Beteiligung an der Wahl, jedoch Einwurf eines leeren Zettels. Diese Möglichkeit würde die Akzeptanz des demokratischen Spiels bedeuten, aber gleichzeitig auch deutlich Unmut zum Ausdruck bringen. Diese Möglichkeit wurde ebenfalls breit propagiert. Auch hier gibt es keine gesicherten Zahlen. Sicher ist jedoch, dass nur von ca. 23 Prozent der israelischen Araber gültige Stimmen abgegeben wurden. Mit dieser extrem geringen Wahlbeteiligung im Vergleich zu den vergangenen Wahlen setzte die arabische Minderheit in Israel ein deutliches politisches Zeichen. Die Arbeitspartei wird in Zukunft härter um die Stimmen der Araber kämpfen müssen. Auch die Regierung Sharon kann die Araber in Israel nicht vernachlässigen.

Regierungsbildung

Sharon steckt im selben Dilemma wie Barak, das statistisch gesehen sogar noch zugenommen hat: als mit 62,39 Prozent der Stimmen direkt gewählter Premierminister steht er einer Knesset mit 17 Parteien gegenüber, in der seine Partei, der Likud, lediglich 19 der 120 Sitze hält.

Sharon hat sich früh dafür entschieden, eine breit abgesicherte Regierungskoalition zu formen. Dies ist offenbar die einzige Überlebenschance seiner Regierung. Damit ist aber die Regierungsarbeit der Schwierigkeit ausgesetzt, rechte und linke Parteien in der Knesset unter einen Hut bringen zu müssen:

Eine breite Koalition bedeutet vor allem, auf der linken Seite des politischen Spektrums die Arbeitspartei an einer Regierung zu beteiligen. Damit holt sich Sharon auch innerparteiliche Probleme der Arbeitspartei mit in die Regierung. Auf der rechten Seite des Spektrums sind vor allem Shas und die russischen Einwandererparteien zu integrieren. Das Problem sind hier vor allem die Forderungen nach bestimmten Ministerposten.

Weiter links stehende Parteien wie Meretz werden nicht in der Koalition vertreten sein, ebenso nicht die arabischen und kleinere religiöse Parteien. Besonders bemerkenswert ist, dass die National-Religiöse Partei, die in fast allen Regierungen seit der Staatsgründung vertreten war (eingeschlossen die Mapai-/Arbeitsparteieregierungen!), der Regierung Sharon nicht angehören wird.

Auflösungserscheinungen in der Arbeitspartei

Noch in der Wahlnacht hat Barak überraschend angekündigt, sein Knessetmandat niederzulegen und vom Vorsitz der Arbeitspartei zurückzutreten. Damit begann ein Zick-Zack-Kurs von Barak und der Arbeitspartei in der Frage, ob man einer Koalitionsregierung unter Führung von Ariel Sharon beitreten sollte.

Sharon bot unmittelbar nach der Wahl Barak das Verteidigungsministerium an, das dieser zunächst annahm, dann aber aufgrund des innerparteilichen Drucks ausschlug und sich schließlich ganz aus der Politik zurückzog. Führungslos geworden und durch innere Machtkämpfe zerrissen, musste die Arbeitspartei entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie für eine große Koalition zur Verfügung stehe.

Die Frage einer großen Koalition hat die Arbeitspartei tief in zwei Fraktionen gespalten. Eine Fraktion um Shimon Peres befürwortete klar eine große Koalition als einzige Möglichkeit, den Friedensprozess wieder zu beleben. Gegner der großen Koalition um den bisherigen Außenminister Shlomo Ben Ami, den bisherigen Justizminister Yossi Beilin und den Knessetpräsidenten Abraham Burg wollen nicht zu Erfüllungsgehilfen einer Sharon-Regierung werden. In einer stark emotionalisierten Sitzung des Zentralkomitees, bei der die meisten der 1700 Mitglieder wie auch Ehud Barak nicht anwesend waren, wurde mit 505 gegen 243 Stimmen eine Entscheidung für eine große Koalition getroffen.

Sharon hat der Arbeitspartei acht Ministerien überlassen, gleichviel wie der Likud selbst besetzen wird: das Außen-; das Verteidigungs-; das Landwirtschafts-; das Verkehrs-; das Industrie- und Handels-; sowie das Wissenschafts-, Kultur- und Sportministerium, dazu zwei Ministerposten ohne Portfolio. Einen davon besetzt der Druse Salach Tarif. Damit wird erstmals in der Geschichte des Staates Israel ein Nicht-Jude Minister. Shimon Peres wird Außenminister der Regierung Sharons.

Neben der Koalitionsfrage paralyisiert eine tiefe Führungskrise die Arbeitspartei. Nach dem Rückzug von Barak kämpfen vor allem Knessetpräsident Abraham Burg und der bisherige Minister für Jerusalemfragen, Chaim Ramon, um den Vorsitz. Bis zu einer parteiinternen Wahl, die erst in einigen Mona-

ten abgehalten werden kann, sollte Peres als Interimsvorsitzender nominiert werden. Dazu müssen jedoch noch die Parteistatuten geändert werden. Peres gilt als der einzige Kandidat, der die Arbeitspartei in der Krise vor dem Auseinanderfallen bewahren kann. Gegner von Peres befürchten jedoch, dass er sich mit einem zeitlich befristeten Vorsitz nicht zufrieden geben wird.

Die Arbeitspartei will vor allem mit dem Argument in die große Koalition, dass ohne sie die Aussichten auf erneute Friedensverhandlungen sehr gering sind.

Streit im Lager der Rechten: Shas, Israel Be Aliyah und Israel Beteinu

Ein Hauptproblem in den Koalitionsverhandlungen mit den rechten, als „natürliche Partner“ des Likud geltenden Parteien Shas, Israel Be Aliyah und Israel Beteinu ist neben dem Streit um Ministerien das Versprechen des Likud, die Direktwahl des Premierministers wieder abzuschaffen. Die Abschaffung der Direktwahl könnte dazu führen, dass diese Parteien Mandate verlieren. Denn: wird nur noch mit einer Stimme für Partei und Premierminister gewählt, verlieren wahrscheinlich die Parteien Wählerstimmen, die keinen aussichtsreichen Premierminister stellen können.

Sharon fühlte sich durch die Direktwahl derart gestärkt, dass er meinte, seine „natürlichen Partner“ vernachlässigen zu können. Insbesondere sorgte sein Werben um die Arbeitspartei im rechten Lager für Unmut.

■ **Aussichten für die Regierung Sharon**

Zunächst muss Sharon unmittelbar nach der Regierungsbildung in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist bis zum 31. März 2001 den Haushalt verabschieden. Gibt es dafür keine Mehrheit, werden automatisch Knesset und Premierminister neu gewählt. Allerdings versucht der Likud derzeit, das Gesetz so zu ändern, dass eine Verabschiedung des Haushalts bis Juli 2001 möglich wird. Das liegt auch im Interesse von Shas, die befürchtet, dass bis Ende des Monats ihre finanziellen Forderungen nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden können.

Für die Stabilität der Regierung wird die innere Entwicklung der Arbeitspartei von entscheidender Bedeutung sein. Im Moment scheint der Auflösungsprozess nicht gestoppt, jeder scheint gegen jeden zu intrigieren. Sharon bekommt nur einen Teil der Arbeitspartei: Große Teile der Arbeitspartei – vor allem die Gegner der großen Koalition – denken über einen Austritt nach, um eine eigene sozialdemokratisch orientierte Partei zu gründen, eventuell zusammen mit der linksliberalen Meretz. Auch das könnte die Regierungsarbeit nachhaltig lähmen. Doch selbst wenn diese Teile in der Arbeitspartei verbleiben, ist eine Unterstützung der Regierung nicht garantiert.

Damit ist es weniger die zu erwartende Opposition außerhalb der Regierung, die Sharon beschäftigen wird, als vielmehr die internen Probleme, die er sich mit der Arbeitspartei in die Koalitionsregierung geholt hat.

Das Zusammenspiel von Likud und Arbeitspartei wird für den Erfolg der Regierung von ebenso grundlegender Bedeutung sein. Vor allem werden die Beziehungen zwischen den beiden Parteiführern Sharon und Peres über die Stabilität der Regierung entscheiden. Das Amt des Außenministers galt zwar zumindest in der letzten Dekade nicht als ein Amt, in dem man sich profilieren konnte. Peres als Außenminister kann keine außenpolitische Initiative ohne Zustimmung Sharons ergreifen, wird sich allerdings auch nicht einfach von Sharon funktionalisieren lassen. Sharon braucht Peres als Außenminister, weil dieser wie kein anderer Ansehen in der internationalen Arena genießt und politische Züge Sharons nach außen neutralisieren kann.

Immerhin kann die Beteiligung der Arbeitspartei an der Regierung mit zwei der wichtigsten Ministerposten, dem Aussen- und dem Verteidigungsministerium, als Garant dafür gewertet werden, dass Friedensverhandlungen auf der Agenda bleiben.

Auch das Zusammenspiel mit der religiös-sephardischen Shas-Partei wird nicht einfach werden. Der frühere Vorsitzende Arye Deri, der wegen Korruption in Haft ist, beherrscht aus dem Gefängnis weiterhin die Partei. Derzeit soll ein Gesetz in Kraft treten, das eine Haftverkürzung um die Hälfte ermöglicht. Damit könnte Deri im Dezember 2001 freikommen. Shas könnte sich mit Deri, der dann

zwar für vier Jahre nicht als Knessetabgeordneter kandidieren darf, aber immerhin die Partei führen kann, bessere Chancen bei einer Neuwahl versprechen. Shas könnte die Auflösung der Knesset betreiben oder sich das Verbleiben in der Regierung hoch bezahlen lassen. Auch Sharon wird somit einer Abhängigkeit von Shas nicht entgehen.

Bislang sind nur Umrissse der Politik Sharons zu erkennen. Es wäre wahrscheinlich zu einfach, Sharon von vornherein und ausschließlich von seiner Vergangenheit her einzuschätzen. Der Ariel Sharon von 2001 ist nicht mehr der des Libanonkriegs 1982. Er wird wahrscheinlich keine großen Umwälzungen bringen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch. Er scheint den Status quo mehr oder weniger erhalten zu wollen. Bisher sind keine umfassenden Lösungsmodelle für die Region von ihm bekannt geworden. Sein zentrales Anliegen wird Stabilität sein, d.h. Israels Sicherheit zu garantieren, indem die regionale militärische und wirtschaftliche Überlegenheit erhalten bleibt.

■ **Die Rücknahme des Gesetzes der direkten Premierminister-Wahl**

Aus der Erfahrung mit drei direkt gewählten Premierministern ergibt sich, dass die ursprünglichen Ziele mit dieser Konstruktion nicht erreicht werden konnten. Die Direktwahl hat mit zu einer tiefen Krise der großen Parteien beigetragen, weil sie einerseits die Atomisierung der Parteienlandschaft und andererseits die Entfremdung des Premierministers von seiner Partei wesentlich begünstigt hat. Die derzeitigen Auflösungserscheinungen, wie sie in der Arbeitspartei besonders deutlich sind, haben darin einen wichtigen Grund.

Die einzige Möglichkeit, die großen Parteien zu retten, scheint derzeit die Abschaffung der Direktwahl zu sein. Die Frage ist, ob das alte System jetzt noch funktioniert. Man kann sich ein Szenario vorstellen, in dem Likud nach einer Knessetwahl mit Shas eine Koalition eingeht. Warum, so könnte Shas (als derzeit drittgrößte Partei mit 17 Sitzen in der Knesset) fragen: soll Likud (mit derzeit 19 Sitzen) den Premierminister stellen?

Am 7. März 2001 stimmte die Mehrheit der Knesset für die Rückkehr zum alten System einer Stimme

für Partei und Premierminister mit wenigen Modifikationen. Dies könnte den Weg bereiten für eine erneute Stärkung der großen Parteien und könnte so zur Stabilität des israelischen Parteiensystems beitragen. Die nächste Wahl wird – möglicherweise schon bald – zeigen, ob sich diese Hoffnung bestätigt.

Das Manuskript wurde am 7.3.2001 abgeschlossen.